

Inhalt

Allianz und Deutsche Bank
und das Geld für
Streubomben

Allianz und Deutsche Bank und das Geld für Streubomben

Streubomben sind besonders verheerende und brutale Kriegswaffen. Deshalb sind sie seit 2010 völkerrechtlich verboten. Dennoch finanzieren internationale Großbanken die sieben weltweit verbliebenen Bombenhersteller immer noch mit Milliardensummen. Unter diesen Geldgebern sind auch Finanzkonzerne, die eigene Nachhaltigkeitsfonds im Angebot haben. Unrühmliche Beispiele aus Deutschland sind einmal mehr der Versicherungskonzern Allianz und die Deutsche Bank. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der niederländischen Nicht-Regierungsorganisation Pax.

Weltweit unterhalten demnach 151 Großbanken und Finanzkonzerne intensive Geschäftsbeziehungen zu Herstellern von völkerrechtlich geächteten beziehungsweise verbotenen Waffen. Der Studie zufolge gibt es sieben dieser Waffenhersteller, die vorzugsweise aus den USA und Südkorea stammen. Diese Unternehmen stellen zum Beispiel Splitterbomben, Antipersonenminen oder verschiedene Formen explosiver Munition her. Die Studie „Worldwide Investments in Cluster Munitions: a shared responsibility“ (deutsch: Weltweite Investitionen in Streumunition: eine gemeinsame Verantwortung) deckt auf: Die internationale Finanzindustrie pflegt weiterhin intensive Geschäftsbeziehungen im Wert von 27 Milliarden Dollar zu diesen Waffenherstellern. Viele dieser 151 Finanzkonzerne halten entweder selbst Wertpapiere der Waffenproduzenten oder verwalten entsprechend investiertes Kapital für Kunden. Andere wiederum vergeben Kredite oder helfen den Streubombenproduzenten bei Kapitalmaßnahmen.

Positiv: Die Geldströme zu Streubombenherstellern sind stark rückläufig

Eine gute Nachricht der Studie: Das Engagement der Großbanken bei Streumunition ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen: 2012 hatten die Studienautoren von Pax noch Geschäftsbeziehungen im Gegenwert von 43 Milliarden Dollar ermittelt. Sie haben sich seither also fast halbiert. Auch die Zahlen aus Deutschland sind deutlich rückläufig: Stellten die Studienmacher 2011 noch Geschäftsbeziehungen deutscher Finanzinstitute in Höhe von gut 1 Milliarde US-Dollar fest, so kommen sie im aktuellen Bericht zu Geschäften im Wert von 190 Millionen US-Dollar. „Die Geschäfte mit den Streumunitionsherstellern sind erfreulicherweise rückläufig. Doch Entwarnung geben können wir noch nicht. Solange es den Herstellern dieser Waffen weiterhin gelingt, Geldgeber für ihre Geschäfte zu finden, solange wird Streumunition weiter Zivilisten töten, wie in Syrien und der Ukraine geschehen“, sagt Thomas Küchenmeister von Facing Finance, einer deutschen Mitgliedsorganisation der Internationalen Kampagne zum Verbot von Streumunition (Cluster Munition Coalition).

Unverbesserlich? Deutsche Bank und Allianz und die Streubombenhersteller

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:

Stefan Maiss (GF)

ProVita GmbH

Stuttgarterstr. 100

70469 Stuttgart

HRB 16739

Tel.: 0711/810 67 67

Fax: 0711/810 67 71

info@provita-gmbh.com

www.provita-gmbh.com

Die mit Abstand meisten Finanzkonzerne, die Geschäftsbeziehungen mit den sieben Streumunitionsherstellern pflegen, kommen aus den USA (76), Südkorea (22) und China (21). In den USA und Südkorea sitzt der Studie zufolge auch die Mehrzahl der Hersteller. Aus Deutschland führt der Report drei Konzerne: den Versicherer Allianz, die Deutsche Bank und die Finanzsparte von Siemens. Unrühmlicher Spitzenreiter dieses Trios: die Allianz mit 132 Millionen Euro. Sie steht vor der Deutschen Bank mit 39 Millionen Dollar und Siemens Financial Services mit 15 Millionen Dollar. Letzteres betrifft eine Finanzierung aus dem Jahr 2013, bei der Siemens Financial Services neben 40 weiteren Unternehmen beteiligt gewesen sein soll. Die Allianz war bereits 2011 wegen Streubomben-Investments schwer in die Kritik geraten. Damals ging es um Positionen in Riester-Sparverträgen von Allianz-Kunden. Quelle: Ecoreporter

Mit allen guten Wünschen Ihr ProVita Team